

Regelwerk in der Kritik

red **Lüneburg**. Der politische Nachwuchs ist sich einig: Julis, Grüne Jugend, Junge Union, Jusos und Linksjugend kritisieren die neue Benutzungsordnung an Schulen, die der Rat jüngst beschlossen hat (LZ berichtete). Dabei geht es ihnen weniger um den umstrittenen Passus der Kleiderordnung, als um den Punkt, dass Parteien und ihnen zuzurechnende Organisationen und Initiativen in Schulen keine parteipolitischen Veranstaltungen mehr auf die Beine stellen dürfen.

Lennart Thamm (Grüne Jugend) findet: „Politische Jugendinitiativen müssen mit Schülern ins Gespräch kommen können.“ André Kleinmöller (Junge Union) ergänzt: „Gegen die Politikverdrossenheit hilft nicht die Abwesenheit realer Politik an den Schulen.“ Die Jugendverbände fordern eine Änderung des Regelwerks, sie wollen gemeinsam in Schulen auftreten, zum Beispiel bei Podiumsdiskussionen. „Aus meiner Sicht hat die Stadt zu solch einer Regelung gar keine Handlungskompetenz. Wer an die Schulen darf, sollten eigenverantwortliche Schulen selbst entscheiden“, fordert Léonard Hyfing (Julis).